

Schwerpunkte der SPD-Bundestagsfraktion 2017

Treibende Kraft für mehr Gerechtigkeit

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Ministerinnen und Minister sind in dieser Koalition die treibende Kraft für mehr Gerechtigkeit. Viel haben wir bereits erreicht: Wir haben den Mindestlohn und bessere Renten durchgesetzt, mehr BA-föG, Kindergeld und Kitaplätze durchgesetzt und in den sozialen Wohnungsbau investiert. Dabei bleiben wir aber nicht stehen: Bis Herbst 2017 haben wir noch viel vor.

Unser Ziel ist ein handlungsfähiger Staat, der für Gerechtigkeit und Sicherheit sorgt. Der seine Bürgerinnen und Bürger vor Armut im Alter genauso schützt wie vor Terror und Kriminalität. Ein Staat, der sozialen Zusammenhalt schafft und der die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland verringert. In dem alle die gleichen Chancen haben und in dem Leistung anerkannt wird – egal ob in Beruf, Familie oder ehrenamtlichem Engagement. Dafür setzen wir uns ein.

I. RENTEN SICHERN UND LEISTUNG ANERKENNEN

Im Alter gut leben können – das ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaates. Wir haben erste Verbesserungen durchgesetzt, sodass deren Renten deutlich steigen. Klar ist: wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt arbeiten kann, muss sich auf die Solidargemeinschaft verlassen können. Unsere Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine schrittweise Anpassung der Renten in Ostdeutschland ab 1. Juli 2018 an das Westniveau vorsieht. Darüber hinaus werden wir insbesondere Geringverdienende sowie Beschäftigte kleinerer Unternehmen verstärkt darin unterstützen, ihre gesetzliche Rente durch Betriebsrenten oder öffentlich geförderte private Vorsorge zu ergänzen.

Wir finden: Wer sein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, der muss im Alter über mehr verfügen als die Grundsicherung. Daher werden wir in dieser Legislaturperiode weiter für eine solidarische Lebensleistungsrente kämpfen. Eine bessere soziale Absicherung im Alter wollen wir auch für Selbstständige erreichen: Wer bislang keine Absicherung hat, soll in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Zudem wollen wir flexiblere Übergänge in die Rente auch künftig verbessern: Wer möchte, sollte länger arbeiten dürfen. Eine generelle Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters wird es mit uns dagegen nicht geben.

Die gesetzliche Rente muss gerecht und zukunftssicher bleiben. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt daher das von Bundesministerin Andrea Nahles vorgeschlagene Rentenkonzept. Das Rentenniveau darf auch langfristig nicht unter 46 Prozent fallen und der Beitragssatz nicht über 25 Prozent steigen. Damit schaffen wir Sicherheit und Verlässlichkeit bei der gesetzlichen Rente.

UNSERE ZIELE

- **Höhere Renten für Erwerbsgeminderte**
- **Einheitliche Renten in Ost- und Westdeutschland**
- **Stärkung der Betriebsrenten**
- **Bessere soziale Sicherung für Selbständige**
- **Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente**
- **Flexiblere Übergänge in die Rente weiter verbessern**
- **Längerfristig stabiles Rentenniveau**
- **Doppelte Haltelinie bei Rentenniveau und Beitragssatz**

II. FAMILIEN UND ALLEINERZIEHENDE GEZIELT UNTERSTÜTZEN

Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen, dass alle Familien in jeder Lebensphase gut leben können – unabhängig von Trauschein oder ob jemand alleinerziehend ist. Damit Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können, braucht es gezielte finanzielle Unterstützung und passende Betreuungsangebote. Wir wollen deshalb das Angebot und die Qualität frühkindlicher Betreuung weiter verbessern und setzen uns dafür ein, die Gebühren für Kitas schrittweise abzuschaffen.

Wir finden: Die finanziellen Leistungen für Familien müssen so ausgestaltet sein, dass sie der Lebensrealität entsprechen. Deshalb werden wir, wie mit dem Koalitionspartner vereinbart, den Unterhaltsvorschuss ausweiten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Alleinerziehende mit kleinen Einkommen gezielt steuerlich zu entlasten. Mit einem Familientarif bei der Einkommensteuer wollen wir zudem dafür sorgen, dass Kinder unabhängig von der Lebensform der Eltern eine steuerliche Entlastung bedeuten. Auch sprechen wir uns für ein gestaffeltes Kindergeld aus, das Einkommen und Kinderzahl berücksichtigt.

Kinder mit dem Berufsleben partnerschaftlich vereinbaren zu können – das wünschen sich viele Mütter und Väter. Mit dem Elterngeld und ElterngeldPlus haben wir dafür die Rahmenbedingungen schon deutlich verbessert. Diesen Weg wollen wir mit unserem Vorschlag für eine Familienarbeitszeit fortsetzen, von der auch Alleinerziehende profitieren sollen.

UNSERE ZIELE

- **Alleinerziehende stärker unterstützen**
- **Unterhaltsvorschuss ausbauen**
- **Familientarif bei Einkommensteuer**
- **Flexible Familienarbeitszeit mit Familiengeld**
- **Kita-Angebot und Kita-Qualität verbessern**
- **Kita-Gebühren schrittweise abschaffen**

III. GERECHTE STEUERN

Der Staat kann seine Aufgaben nur erfüllen, wenn er über verlässliche Einnahmen verfügt. Unsere Steuerpolitik ist zwei Grundprinzipien verpflichtet: Erstens, starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Und zweitens kämpfen wir dafür, dass die Kluft zwischen Arm und Reich wieder geringer wird. Deshalb dürfen Einkünfte aus Kapital steuerlich nicht besser behandelt werden als Einkommen aus Arbeit. Nachdem der automatische Informationsaustausch 2017 Realität geworden ist, gibt es keinen Grund mehr, Kapitaleinkommen in Form der Abgeltungssteuer zu privilegieren. Deshalb muss die Abgeltungssteuer abgeschafft werden.

Steuerflucht und Steuerhinterziehung müssen wirksam bekämpft werden – auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Es darf nicht sein, dass Unternehmen ihre Gewinne über die Grenze schaffen, um weniger Steuer zu zahlen. Deshalb wollen wir Steuerschlupflöcher schließen und u.a. die steuerliche Vergünstigung von Einkünften aus Lizenzen oder Patenten verbieten. Außerdem setzen wir uns für eine EU-weite Harmonisierung der Unternehmenssteuern ein, damit Firmen sich der Steuerpflicht nicht durch Verlagerung ihres Unternehmenssitzes entziehen können,

Zudem fordern wir bundesweit einheitliche Standards für Betriebsprüfungen. Denn Steueroasen darf es auch in Deutschland nicht geben. Klar ist: Wer Steuern hinterzieht, verweigert seinen finanziellen Beitrag für die Gemeinschaft, die das öffentliche Leben in den Städten und Gemeinden finanziert. Deshalb wollen wir die Verjährungsfristen bei Steuerhinterziehung verlängern und den Katalog der schweren Steuerhinterziehung erweitern.

UNSERE ZIELE

- **Einkommen aus Arbeit und Kapital gleich besteuern**
- **Steuervermeidung und Steuerflucht internationaler Unternehmen eindämmen**
- **Schädlichen Steuerwettbewerb in EU stoppen**
- **Bundesweit einheitliche Standards bei Betriebsprüfungen**

IV. GUTE ARBEIT UND GERECHTE BEZAHLUNG

Nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns kämpfen wir weiter für eine gute Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit muss endlich Realität werden. Noch immer verdienen Frauen für die gleiche Arbeit durchschnittlich 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Wir sind überzeugt: Mehr Transparenz über die Lohnstruktur in Unternehmen ist ein entscheidender Hebel für mehr Lohngerechtigkeit. Deshalb verlangen wir, dass das von Bundesministerin Manuela Schwesig erarbeitete Gesetz schleunigst von der Bundesregierung beschlossen und in die parlamentarischen Beratungen eingebracht wird.

Fairness und gerechte Entlohnung muss auch Maßstab bei der Vergütung von Managern sein. Exorbitante Bonuszahlungen oder Gehaltsexzesse untergraben die Akzeptanz unserer sozialen Marktwirtschaft – insbesondere wenn sie sogar nach Fehlverhalten ausbezahlt werden. Freiwillige Selbstverpflichtungen haben diese Fehlentwicklung nicht stoppen können. Daher ist nun der Gesetzgeber gefragt. Mit unseren Vorschlägen wollen wir für Maß und Mitte auch bei der Vergütung von Vorständen und Managern sorgen: Wir fordern u.a., noch in dieser Legislaturperiode die steuerliche Absetzbarkeit von Managerboni auf maximal 500.000 Euro zu beschränken. Auch wollen wir eine gesetzliche Regelung, dass Boni nach regelwidrigem Verhalten einbehalten oder zurückgefordert werden können.

Wir wollen die gesetzlichen Regelungen für Teilzeit und Befristungen ändern: Ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, wie es als Ziel im Koalitionsvertrag verankert ist, schützt nicht nur insbesondere Frauen vor der „Teilzeitfalle“ und damit vor Altersarmut. Es eröffnet zugleich Unternehmen die Chance, ihr Potenzial an Fachkräften besser auszuschöpfen. Gerade auch jungen Menschen wollen wir zudem mehr Planbarkeit in ihrem beruflichen und privaten Leben ermöglichen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Arbeitsverträge nicht mehr ohne nachvollziehbare Sachgründe befristet werden dürfen.

UNSERE ZIELE

- **Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer**
- **Verbindliche Regeln gegen exzessive Managergehälter/-boni**
- **Recht auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit**
- **Sachgrundlose Befristung abschaffen**

V. GESUNDHEIT GERECHT FINANZIEREN

Unser Ziel ist eine gute gesundheitliche Versorgung für alle. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Trennung von privat und gesetzlich Versicherten aufzuheben. Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland. Daher werden wir eine einheitliche Honorarordnung für alle Versicherten einführen, damit niemand mehr bevorzugt behandelt wird. Nur die Schwere der Erkrankung allein soll Schnelligkeit und Umfang der Behandlung bestimmen.

Wir wollen die paritätische Bürgerversicherung einführen, in der alle Bürgerinnen und Bürger zu gleichen Bedingungen versichert sind. Wir fordern die Rückkehr zur paritätischen und solidarischen Finanzierung mit gleichen und gerechten Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Damit wird sichergestellt, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können und der Behandlungsbedarf einer älter werdenden Bevölkerung weiterhin bezahlbar bleibt.

Die Preise für Arzneimittel in Deutschland liegen im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe. Wir wollen mit gezielten Maßnahmen dafür sorgen, dass medizinische Innovationen schnell und zu fairen Preisen allen Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen.

UNSERE ZIELE

- **Zwei-Klassen-Medizin durch solidarische Bürgerversicherung abschaffen**
- **Paritätische Finanzierung GKV**
- **Einheitliche Honorarordnung für alle Versicherten**
- **Innovative Medizin zu bezahlbaren Preisen**

VI. VERLÄSSLICHER STAAT FÜR MEHR SICHERHEIT

Wir wollen einen handlungsfähigen Rechtsstaat, der für wirksamen Schutz gegen Kriminelle und Terroristen sorgt. Dafür braucht es schlagkräftige Sicherheitsbehörden. Ihre personelle und materielle Ausstattung werden wir weiter verbessern. Gleichzeitig werden wir Polizei und andere Rettungskräfte bei ihren Einsätzen besser vor Angriffen schützen. Aus dem Terroranschlag in Berlin ziehen wir die notwendigen Konsequenzen: Ausreisepflichtige Kriminelle und Gefährder müssen schneller abgeschoben und in Abschiebehaf genommen werden. Abschiebungen dürfen nicht an rein bürokratischen Hindernissen scheitern. Die Videoüberwachung öffentlicher Räume soll erleichtert werden. Damit Extremisten nicht auf legale Weise in Waffenbesitz gelangen, fordern wir ein strengeres Waffenrecht, das auch eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz vorsieht.

Um zu verhindern, dass Kriminelle und Terroristen in den Schengen-Raum gelangen, bedarf es wirksamer Kontrollen an den Außengrenzen. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen verlässlicher als bisher Daten und Erkenntnisse untereinander austauschen.

Gezieltes Verbreiten von Falschmeldungen sowie strafrechtlich relevante Hassreden, Verleumdungen und Verunglimpfungen in den sozialen Netzwerken sind eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere Demokratie und die öffentliche Sicherheit. Dies gilt auch für den Einsatz von Social Bots zur Manipulation von Meinungsbildern. Wir wollen Betreiber und Betreiberinnen sozialer Plattformen hier stärker in die Pflicht nehmen, etwa durch Berichtspflichten, die verpflichtende Einrichtung einer Kontaktstelle für Strafverfolgungsbehörden und Betroffene sowie die Etablierung eines wirksamen Beschwerdemanagements mit klar geregelten Fristen, bis wann Rechtsverletzungen oder gezielte Falschmeldungen aus Netz entfernt werden müssen.

UNSERE ZIELE

- **15.000 zusätzliche Polizisten in Bund und Ländern**
- **Bessere technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden**
- **Prävention stärken**
- **Konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Krimineller und Gefährder**
- **Elektronische Fussfessel für Gefährder**
- **Waffenbesitz von Extremisten verhindern**
- **Rettungskräfte und Polizei besser gegen Gewalt schützen**
- **Wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen**
- **Rechtsverletzungen, Falschmeldungen, Hassrede und Meinungsroboter in sozialen Netzwerken bekämpfen**

VII. MEHR RECHTE FÜR VERBRAUCHER UND MIETER

Wir wollen die Wirksamkeit der Mietpreisbremse verbessern und die Rechte von Mieterinnen und Mietern weiter stärken: Vermieter sollen die Kosten für Modernisierungen nur noch im vertraglichen Rahmen auf die Mieter umlegen dürfen. Außerdem setzen wir uns für eine rechtssichere und transparente Ausgestaltung von Mietspiegeln ein. Um den Erwerb von Wohneigentum zu unterstützen, haben wir konkrete Vorschläge gemacht, um die Nebenkosten beim Kauf zu senken.

Wer Recht hat, soll auch Recht bekommen. Deshalb wollen wir u.a. eine sogenannte Musterfeststellungsklage in der Zivilprozessordnung einführen. Damit können Verbraucherinnen und Verbraucher, die gleichartig geschädigt wurden, ihre Ansprüche leichter und kostengünstiger vor Gericht durchsetzen. Gleichzeitig wollen wir Unternehmen und Handwerker besser vor Folgekosten bei Produktmängeln schützen, die Lieferanten oder Hersteller zu verantworten haben.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen mit großer Mehrheit gentechnisch veränderte Pflanzen auf dem Acker und auf dem Teller ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Regelung in Deutschland rechtlich so umgesetzt wird, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen grundsätzlich und bundesweit verboten werden kann.

UNSERE ZIELE

- **Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken**
- **Mietpreisbremse verbessern**
- **Nebenkosten beim Erwerb von Wohneigentum verringern**
- **Musterverfahren einführen, um gleichgerichtete Schäden leichter und kostengünstiger vor Gericht zu bringen**
- **Bundesweites Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen („grüne Gentechnik“) ermöglichen**
- **Rechtssicherheit beim hochautomatisierten Fahren**

VIII. WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG FORTSETZEN

Unser Ziel ist, dass Deutschland wettbewerbsfähig und wirtschaftlich erfolgreich bleibt. Mit einem Bündel von Maßnahmen wollen wir insbesondere die Innovationsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) verbessern – etwa durch einen Bonus für Forschungspersonal. Start-Ups von heute sind wichtiger Teil des Mittelstands von morgen. Wir haben konkrete Vorschläge zur Förderung digitaler Innovationen und einer neuen Gründungskultur in Deutschland vorgelegt, die wir jetzt umsetzen wollen. Junge Unternehmen wollen wir ebenso wie die mittelständische Wirtschaft von unnötiger Bürokratie entlasten. Um gleichzeitig Investitionen zu fördern, wollen wir die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter erhöhen.

Wir sorgen dafür, dass mehr in unsere Infrastruktur investiert wird – in Straßen, Schienen, Energie- und Telekommunikationsleitungen. Mit dem Bundesverkehrswegeplan haben wir ein umfangreiches Modernisierungsprogramm für unsere Verkehrswege beschlossen und das Prinzip „Erhalt vor Neubau“ erstmals gesetzlich verankert – und wir legen einen Schwerpunkt darauf, Engpässe zu beseitigen. Bis 2030 wollen wir außerdem den Schienenverkehr in Deutschland verdoppeln – dazu werden wir im Frühjahr 2017 ein Konzept vorlegen. Bei der Verkehrsinfrastruktur des Bundes haben wir eine doppelte Privatisierungssperre im Grundgesetz durchgesetzt: Sowohl die Infrastruktur als auch die zu gründende Bundesfernstraßengesellschaft müssen unveräußerliches Eigentum des Bundes bleiben. Im Gesetzgebungsverfahren achten wir darauf, dass es keine Schlupflöcher für eine mögliche Privatisierung der Bundesfernstraßen gibt.

Der Breitbandausbau auf dem Land kommt voran - hinkt aber immer noch dem städtischen Angebot von schnellem Internet hinterher. Wir wollen auch in ländlichen Räumen eine bestmögliche Breitbandversorgung. Deshalb fördern wir den Ausbau von schnellem Internet. Unser Ziel bis 2025 sind flächendeckende Gigabit-Netze.

Bei der Finanzierung der Energiewende achten wir auf eine faire Lastenverteilung. Bisher sind die Strompreise in den Regionen höher, in denen die erneuerbaren Energien stark ausgebaut werden. Künftig sollen die Kosten für den Ausbau der Übertragungsnetze bundesweit fairer verteilt werden. Außerdem wollen wir Mieterstrommodelle einführen, damit auch Mieterinnen und Mieter vom Bau einer Solaranlage auf einem Miets Hausdach durch günstigere Strompreise profitieren.

UNSERE ZIELE

- **Stärkung der Innovationsfähigkeit von KMU**
- **Förderung von Start-Ups und Wagniskapital**
- **Attraktivität Schienenverkehr erhöhen und Kundenzahl bis 2030 verdoppeln**
- **Keine Privatisierung von Verkehrsinfrastruktur des Bundes**
- **Flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet**
- **Faire Finanzierung der Energiewende**

IX. GLEICHE CHANCEN UND GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Alle Menschen in unserem Land sollen die Chance auf ein gutes Leben haben – unabhängig von sozialer Herkunft oder dem Wohnort. Im Rahmen der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen wird der Bund künftig eine größere finanzielle Verantwortung für den solidarischen Ausgleich und gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet übernehmen – ohne allerdings die Länder aus der notwendigen Solidarität untereinander zu entlassen.

Im Zuge der Einigung bei den Bund-Länder-Finzen konnten wir eine langjährige Forderungen der SPD durchsetzen: Der Bund kann endlich direkt in gute Schulen investieren. Bislang ist ihm eine solche Kooperation mit den Ländern im Schulbereich untersagt. Mit der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Grundgesetzänderung wird dieses Verbot nun aufgebrochen. Das ist ein wichtiger Fortschritt: Denn moderne, gut ausgestattete Schulgebäude und Klassenräume und eine zeitgemäße IT-Ausstattung sind entscheidend für mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Mit dem Auslaufen des Solidarpaktes besteht die Notwendigkeit, die bestehende Strukturförderung ab 2020 zu einem gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen fortzuentwickeln. Die vom Bundeswirtschaftsministerium hierzu vorgeschlagenen Eckpunkte sind dafür eine gute Ausgangsbasis.

UNSERE ZIELE

- **Abschluss des Reformpakets Bund-Länder-Finzen**
- **Investitionen des Bundes in Schulen**
- **Gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen ab 2020**

X. EINWANDERUNG VON FACHKRÄFTEN STEUERN

Über die Aufnahme politisch Verfolgter und Kriegsflüchtlingen entscheiden humanitäre Maßstäbe und rechtliche Verpflichtungen. Die Einwanderung von Menschen, die hier Arbeit suchen, müssen wir dagegen entsprechend unseren wirtschaftlichen Interessen steuern. Deutschland hat großen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Denn es verliert aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten Millionen Erwerbsfähige. Das gefährdet unseren Wohlstand und die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Deshalb müssen wir Arbeitskräfte, die in Deutschland leben, besser mobilisieren und qualifizieren. Das allein wird jedoch nicht ausreichend sein.

Deshalb wollen wir mit einem Gesetz die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten steuern – flexibel, transparent und an den Erfordernissen unseres Arbeitsmarktes orientiert. Wir haben einen konkreten Vorschlag für ein bedarfsorientiertes Punktesystem vorgelegt, das Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und Integrationsfähigkeit berücksichtigt.

UNSERE ZIELE

- **Mobilisierung und Qualifizierung einheimischer Arbeitskräfte**
- **Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten steuern**
- **Einwanderungsgesetz mit einem flexiblen und bedarfsorientieren Punktesystem**

XI. EUROPA ALS FRIEDENSMACHT STÄRKEN

Auch 2017 setzen wir auf Diplomatie und Dialog, um Krisen und Konflikte in der Welt zu lösen. Krisenprävention, die umfassende Bekämpfung der Fluchtursachen und humanitäre Hilfe bleiben im Fokus unserer Außen- und Entwicklungspolitik. Gleichzeitig setzen wir uns für einen Neustart bei der Rüstungskontrolle ein und unterstützen die Vereinten Nationen darin, die Verbreitung von illegalen Kleinwaffen weltweit zu unterbinden.

In der Außen- und Sicherheitspolitik setzen wir auf ein abgestimmtes Vorgehen mit unseren Partnern. Von der neuen US-Administration erwarten wir, dass das transatlantische Bündnis weiterhin Kern der westlichen Sicherheitsarchitektur bleibt. Die Zusammenarbeit der Europäischen Union in der Außen- und Sicherheitspolitik wollen wir stärken, damit Europa auch in Zukunft eine starke Stimme für Frieden, Demokratie und Menschenrechte in der Welt hat.

Nur eine starke, handlungsfähige Europäische Union ist in der Lage, die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern. Bei den Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich darf es keine Sonderrechte geben. Wenn das Land außerhalb der EU weiterhin am Binnenmarkt teilnehmen will, muss es die dafür notwendigen Verpflichtungen erfüllen und alle europäischen Grundfreiheiten wahren.

UNSERE ZIELE

- **Diplomatische Lösungen für Krisen und Konflikte weltweit**
- **Europäische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik vertiefen**
- **Solidarische europäische Flüchtlingspolitik**
- **Zusammenhalt der Europäischen Union sichern**